



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein, Horst Arnold, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Günther Knoblauch, Kathi Petersen, Florian Ritter, Reinhold Strobl, Klaus Adelt SPD**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Straftentlassenenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 04 05 Tit. 681 02 (Gefangenen- und Entlassenenfürsorge) werden die für das Haushaltsjahr 2015 bereitgestellten Mittel in Höhe von 900,0 Tsd. Euro um 200,0 Tsd. Euro auf 1.100,0 Tsd. Euro und die für das Haushaltsjahr 2016 bereitgestellten Mittel von 1.100,0 Tsd. Euro ebenfalls um 200,0 Tsd. Euro auf 1.300,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

An der Schnittstelle zwischen Strafvollzug und Nachbetreuung nach der Entlassung braucht ein Großteil der straffälligen Menschen Hilfe und bekommt sie nur in unzureichendem Maße, obwohl die Rückfallgefahr gerade in den Monaten nach der Entlassung am höchsten ist. Die Kriminologie zeigt auf, dass vor allem die ersten zwölf Monate nach der Entlassung den Zeitraum für das höchste Rückfallrisiko darstellen. Die soziale Lage der Straftentlassenen ist in dieser Zeit sehr oft geprägt durch eine unzureichende materielle Existenzsicherung, Schwierigkeiten bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, Überschuldung, psychische Probleme, hohe Suchtgefährdung und mangelnde soziale Kontakte. Soziale Hilfen im Zeitraum von bis zu zwölf Monaten nach der Haftentlassung sind also – in der Regel unabhängig von der biografischen Belastung vor der Inhaftierung – entscheidend für das Gelingen der Wiedereingliederung in die Gesellschaft und der Rückfallvermeidung.

Zur Überbrückung des sog. „Entlassungslochs“ bedarf es also eines guten Übergangsmanagements, das den Straftentlassenen sozial und beruflich integriert, um einen Rückfall in die Straffälligkeit zu vermeiden.

Übergangsmanagement meint dabei die umfassende Vorbereitung der Entlassung von Strafgefangenen, d.h., die Planung, Einleitung, Vermittlung und Durchführung von (Re-)Integrationsmaßnahmen für zur Entlassung anstehende Gefangene, insbesondere die strukturierte Verknüpfung und Verzahnung von Behandlungsmaßnahmen des Strafvollzugs mit Hilfsangeboten und Maßnahmen der nach der Entlassung für die Betroffenen zuständigen Stellen, insbesondere der Freien Straffälligenhilfe und der Bewährungshilfe. Übergangsmanagement umfasst weiter die Beratung und Begleitung Haft entlassener Frauen und Männer mit besonderem Hilfebedarf bis zur koordinierten Übergabe an Einrichtungen und Dienste weiterführender und spezialisierter Hilfen. Die Bewährungshilfe ist dabei zuständig für alle Haftentlassene im Rahmen von Bewährung und Führungsaufsicht. Die Freie Straffälligenhilfe richtet ihr Angebot im Rahmen des Übergangsmanagements schwerpunktmäßig an alle Haftentlassene ohne Bewährung (72 Prozent) und mit besonderem Hilfebedarf. Abhängig vom jeweiligen Hilfebedarf wird dafür ein Zeitraum von bis zu 12 Monaten angesetzt.

Resozialisierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wirkungsvoll vernetztes Übergangsmanagement kommt nicht nur den betroffenen Menschen zugute, sondern es spart auch Staat und Gesellschaft in vielfacher Hinsicht wertvolle Ressourcen. Den Kosten einer entsprechenden Bezuschussung des Übergangsmanagements stehen Einsparungen beim Strafvollzug gegenüber.

Die im Kap. 04 05 im Tit. 681 02 bereit gestellten Mittel dienen insbesondere zur Unterstützung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten, speziell bei ihrer Entlassung. Von den Mitteln können im Rahmen des Übergangsmanagements jährlich bis zu 660,0 Tsd. Euro über Einrichtungen der Straftentlassenenhilfe oder als Zuschüsse an karitative Einrichtungen ausgereicht werden. Im Haushaltsjahr 2015 erhöhen sich gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 die Mittel um 200,0 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2016 gegenüber dem Haushaltsjahr 2015 um weitere zusätzliche 200,0 Tsd. Euro im Hinblick auf das Übergangsmanagement.

Die Antragsteller fordern die Verdoppelung der Mittelерhöhungen von 200,0 Tsd. Euro p.a., so dass sich im Haushaltsjahr 2015 der Mittelansatz von 900,0 Tsd. Euro auf 1.100,0 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2016 der Mittelansatz von 1.100,0 Tsd. Euro auf 1.300,0 Tsd. Euro erhöht.